

# GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahreszeitschrift

---

Zu den Aktionstagen gegen den Sozialkahltschlag:  
Einwände gegen Illusionen über Armut und Reichtum im Kapitalismus (1)

## Was ist eigentlich „sozial“? oder: Warum der Sozialstaat nicht verteidigt gehört

1. Jahrzehnte lang war es das Gütesiegel der Bundesrepublik Deutschland: „Das Soziale“. Da sei doch mal ein großer Wurf gelungen: Eine Wirtschaftsweise, die einerseits der Marktwirtschaft verpflichtet ist und dem Konkurrenzinteresse und den Kräften des freien Marktes alle erforderlichen Freiheiten einräumt, die andererseits einen Weg gefunden hat, die dabei entstehenden „sozialen Härten“ so „abzufedern“, dass für jedermann doch eine einigermaßen erträgliche Existenz herauskommt. Da würde auch für die gesorgt, die die „sozial Schwachen“ heißen und die in früheren Zeiten, im „ungezähmten Kapitalismus“, ziemlich unter die Räder kamen. Dabei sollte man sich freilich nicht fragen, warum die Produktion dieser „sozial Schwachen“ einfach nicht aufhören will, sondern angetan sein von dem *Umgang*, den sich diese Wirtschaftsweise mit diesem Problem zugelegt hat. Man sollte sich nicht an der offensichtlichen *Normalität* von Armut und Existenzgefährdung stören, sondern im Gegenteil die Leistungsfähigkeit des „sozialen Systems“ bewundern. Denn das sei im Stande, nicht bloß mit diversen „Einzelfällen“ umzugehen, sondern schaffe es, in breitem Umfang „soziale Notlagen“ aller Art zu regeln. Dass dadurch nur die *massenhafte und dauerhafte Not* eindrucksvoll belegt ist, soll man allerdings an diesem Wirken des Sozialstaats nicht entdecken.

2. Auch die dem sozialstaatlichen Wirken zu entnehmenden schlichten Auskünfte über *Lohn* und *Arbeit* finden sich in den Lobeshymnen nicht wieder: Dabei belegt die mehr als 100-jährige Geschichte der sozialen Systeme, dass der auf Lohnarbeit angewiesene Teil der Menschheit vermittels *seines Verdienstes* die regelmäßig im Arbeitsleben anfallenden und durch das Arbeitsverhältnis ausgelösten Notfälle in Form von Arbeitslosigkeit, Krankheit und vollständigem Ausscheiden aus dem Arbeitsleben *nicht* bewältigen kann. Es gehört eben zu den Schönheiten des Kapitalismus, die der Sozialstaat mit seiner Hilfskonstruktion dauerhaft *erhält*, dass Menschen immer dann, wenn der Betrieb sie für unbrauchbar erklärt, auf Hilfe angewiesen sind. Mit dem Lohn kann der einzelne Arbeiter also nur in jenen Perioden des Arbeiterlebens seinen Lebensunterhalt finanzieren, in denen er ihn *verdient*. Kaum verdient er nichts, hat er nichts. Es ist der Sozialstaat, der über den Lohn ein Armutszeugnis offenbart, das es in sich hat: Der Mensch, der hierzulande auf Lohnarbeit angewiesen ist, der sich in Fabrik und Büro abplagt, erfährt, dass der Lohn, den er dafür erhält, fürs *Leben* insgesamt gerade *nicht* reicht.

3. Wo schließlich eine solche *staatliche Notfalladministration* in großem Stil aufgebaut wird, da ist keiner ihrer politischen

Verwalter je auf die Idee gekommen, die Verursacher dieser Notlagen, die kapitalistischen Betriebe, „zur Verantwortung“ zu ziehen. Durch die Beseitigung der *Ursachen* der chronischen Not lohnabhängiger Menschen, den ganzen Sozialkrepel *überflüssig* zu machen, fällt ihnen im Traum nicht ein. Vielmehr stehen die sozialen Sicherungssysteme dafür, dass die Produktion von Geldmangel und ruiniertem Arbeitsvermögen als *Notwendigkeit* der hiesigen Reichtumsproduktion akzeptiert ist. Ihre Aufgabe besteht allein darin, die *Folgen* und *Auswirkungen* kapitalistischer Benutzung von Arbeitern so „abzufedern“ und „abzumildern“, dass es dem Kapital trotz ruinöser Benutzung nicht an benutzbarem Menschenmaterial gebricht. Die ruinöse Benutzung der Arbeit durch die Betriebe ist mit dem Sozialstaat folglich als *Normalfall des kapitalistischen Arbeitsalltags ins Recht* gesetzt.

4. Kein Wunder, dass mit der *Finanzierung* dieser Notfallverwaltung die Lohnkalkulation kapitalistischer Betriebe noch einmal gegen alle Forderungen von Seiten der Arbeiterschaft abgesichert wird: Die Unternehmen werden für die Sozialversicherungen *nicht gesondert* zur Kasse gebeten.<sup>1</sup> Dass Lohn nur für Arbeit gezahlt wird und dies auch nur, wenn es sich für den Betrieb lohnt, daran will der Staat selbstredend nicht rütteln. Aber auch die staatlichen Haushaltsmittel sind den Eichels & Co. viel zu kostbar, als sie „bloß“ für den *Konsum* unbeschäftigter Massen „unproduktiv“ zu verausgaben. Aufgebracht werden sie vielmehr von den *Geschädigten* selber. Ausgerechnet an die Einkommensart hält sich der Staat, die den sozialen Betreuungsbedarf hervorbringt: den Lohn. Per *Zwangseinzug* werden deswegen die Arbeiter um nicht unbeträchtliche Teile ihres Verdienstes (inzwischen um bis zu 40%) ärmer gemacht. Und das ist schon paradox: Der Lohn, der für den *einzelnen* Arbeitsmenschen nicht ausreicht, um sich in den periodischen Notfällen über Wasser zu halten, soll zusammen mit allen anderen Löhnen, also als *Gesamtlohn* der Lohnbezieher ausreichen, um die Einkommenslücken bei den Lohnbeziehern zu stopfen! *Ob* das geht, ist nicht die Frage. Die Armutsverwalter des Sozialstaats haben dafür zu sorgen, *dass* es geht. Das ist ihr Job. Und so *verteilen* sie den *Mangel*, der Lohnarbeit auszeichnet, eifrig zwischen allen Versicherungspflichtigen *um*. Mit seinem Versicherungssystem zwingt der kapitalistische Staat folglich die Arbeiter dazu, *selbst* untereinander und gegenseitig die *Haftung* für jene Notlagen zu übernehmen, die *das Kapital* regelmäßig an ihnen herstellt. So

---

<sup>1</sup> Vgl. dazu das Flugblatt Nr. 2 zu den Lohnnebenkosten

etwas wird dann als Solidarprinzip und Generationenvertrag allseits gepriesen.

5. Dieser Finanzierungsgrundsatz schließt aus, dass die in Fällen von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität usw. gewährte Hilfe auch nur den Gedanken aufkommen lässt, sich das berühmte „faule Leben in der sozialen Hängematte“ zu genehmigen. Die ausgezahlten Leistungen werden vielmehr so kalkuliert, dass sie den Empfänger dazu *nötigen*, sich schnellstens wieder um bezahlte Arbeit zu bemühen, also um jenes Arbeitsverhältnis, das ihn gerade in die Geldnöte gebracht hat. Niemand kann nämlich eine Familie mit ca. Zweidritteln jener Geldsumme ernähren, die ohnehin kaum zur Bezahlung aller Notwendigkeiten reicht. Der Sozialstaat macht dabei den Unbeschäftigten zusätzlich Dampf mit immer wieder verschärften „Zumutbarkeitsklauseln“, die sichern, dass sich der Lohnarbeiter weiterhin für den Arbeitsmarkt verfügbar hält. Und je schwerer es ihm auf dem Markt fällt, einen Job zu finden, desto schwerer macht es ihm der Sozialstaat mit weiteren Abzügen und Auflagen. Mehr ist nicht drin und auch gar nicht *bezweckt*.

6. Mit dem Zwang zur schnellstmöglichen Wiedereingliederung in den kapitalistischen Arbeitsprozess räumt der Sozialstaat endgültig mit der Einbildung auf, es handele sich bei ihm um eine Art *karitativer* Einrichtung für in Not geratene Menschen. Dieses sozialstaatliche *Erpressungswesen* mutet nämlich allen Arbeitslosen in Sachen Arbeit und Lohn die zunehmende *Verschlechterung* ihrer materiellen Lage zu. Er stellt damit klar, dass seine soziale Hilfe als *Dienstleistung* für die Klasse seiner Lieblingsbürger, die Kapitaleigentümer gedacht ist, denen er nicht zumuten möchte, *selbst* dafür zu sorgen, dass ihr Personal wenigstens von der Arbeit leben kann. So sorgt der Druck, dem die „Leistungsempfänger“ unterliegen, dafür, dass es den Betrieben auch in Zeiten guter Konjunkturen nie an willigem und billigem Arbeitsmaterial fehlt. Die lohnabhängigen Klienten des Sozialstaats bilden dabei nicht nur die „Reservearmee“ (Marx), die genötigt ist, die nächstbeste Arbeit anzunehmen. Selbst im Wartestand erfüllen sie für die Unternehmerklasse noch einen Dienst: Als Unbeschäftigte *drücken* sie permanent *auf den Lohn* der Beschäftigten. Dabei handelt es sich um einen jener installierten Sachzwänge, die gern gesehen und von Kapitalisten weidlich ausgenutzt werden.

7. In den letzten 50 Jahren des „Wirtschaftswachstums“ hat sich diese Arbeitsteilung zwischen kapitalistischer Produktion von Notfällen und ihrer sozialstaatlichen Verwaltung als *Erfolgsmo- dell* erwiesen. So erfolgreich war es, dass es die kapitalistische Reichtumsproduktion, die mit immer weniger Lohnarbeitern ihren Reibach fabriziert, inzwischen bereits offiziell zu ca. 5 Mio arbeitslosen Lohnabhängigen gebracht hat. Wo aber immer mehr „Unselbständige“ von ihren „selbständigen“ Arbeitgebern überflüssig gemacht werden, da *wächst* einerseits der Finanzbedarf der sozialen Sicherungssysteme für alle Hilfsleistungen, da fließt aber andererseits aus demselben Grund *weniger* in die Sozialkassen. Immer verhält es sich so, dass der Sozialstaat gerade in Zeiten des erhöhten Finanzbedarfs nur einen geschrumpften Gesamtlohn zur Beschlagnahme vorfindet. Verwundern kann das nicht, wo der Sozialstaatstopf eben als die *abhängige* Variable des vom Kapital gezahlten Gesamtlohns etabliert ist. Die bekannten

und wenig gemütlichen Konsequenzen folgen auf dem Fuße: *Mehr abbassieren und/oder weniger auszahlen!*

8. Das sozialstaatliche Kunststück, einem Gesamtpreis für Arbeit einen Lebensunterhalt für die Gesamtheit der Arbeiter abzurufen, auf den er gar nicht berechnet ist, wird auf diese Weise immer *schwieriger* und das Resultat immer *elender*. So streicht denn auch der Staat die Sozialleistungen seit Jahren kontinuierlich zusammen und teilt den Bedürftigen ein neues Überlebensniveau zu. Das gilt ihm als überaus gerecht: Denn wenn das Kapital *zu viele* Sozialbedürftige produziert, ist die Fortsetzung der bisherigen Umgangsweise mit ihnen „*unsozial*“: Immer *mehr* von ihnen beziehen erstens immer *länger* Hilfen, die ihnen zweitens jedoch *gar nicht* dazu verhelfen, dass Unternehmer ihre Arbeitskraft gewinnbringend anwenden können. Deswegen ist es auch an der Zeit, dem Wörtchen „sozial“ einen neuen zeitgemäßen Inhalt zu verpassen. War früher einmal mit „sozial“ die zynische Verheißung verbunden, „die Gesellschaft“ würde es einem möglich machen, mit der allgegenwärtigen Not *doch* irgendwie zurechtzukommen zu können, sich also dauerhaft in ihr einzurichten, so gilt jetzt nur noch die andere, die inzwischen umgekehrte Bedeutung von „sozial“: Die „sozial Schwachen“ haben nun ihrerseits *Pflichten* gegenüber „der Gesellschaft“ zu erfüllen. Und dieses Programm erledigt der Sozialstaat gleich stellvertretend für sie: Aus seinem Befund, dass die Sozialleistungen nicht mehr zu bezahlen sind, ihn die Arbeiterklasse folglich insgesamt *zu teuer* kommt, hat er nämlich neuerdings den höchst zeit- und standortgemäßen Schluss gezogen, „die Gesellschaft“ von der Last eines für nicht mehr finanzierbar erklärten Sozialsystems zu befreien. Das geht auf die Einkommen, senkt die Lohnkosten für die Herren und Damen Unternehmer – *und genau so ist es gedacht*. Damit wird endgültig die alte sozialstaatliche Lüge vom Profit, der einen Lohn aushält, von dem man leben kann, aus dem Verkehr gezogen und durch die *praktische* Klarstellung ersetzt, dass sich Profit und Lohn eben *sehr grundsätzlich nicht vertragen*.

Und da soll es darum gehen, den Sozialstaat zu verteidigen!?

#### Weitere Flugblätter mit Einwänden gegen Illusionen über Armut und Reichtum im Kapitalismus

- Nr. 2 Die Lüge von der „solidarischen Finanzierung“ der Sozialsysteme:  
- von den einen als Lohnnebenkosten bekämpft  
- von den anderen als sozialer Wert gepriesen.
- Nr. 3 Nur darum geht's beim „Sozialkahlschlag“:  
Eine nationale Offensive gegen den Lohn – für überlegene deutsche Wirtschaftsmacht
- Nr. 4 „*Es ist genug für alle da!*“, verkündet attac.  
Und warum gibt's dann so viele Arme?
- Nr. 5 „*Stopp Steuerflucht!*“ (Kampagne attac) - Warum das denn?
- Nr. 6 Ein ganz schlechter Einwand:  
„Die dürfen den Sozialstaat nicht demontieren. Das ist doch ein historisch erkämpfter Besitzstand!“

V.i.S.d.P.: B. Schumacher, GegenStandpunkt Verlag, Türkenstraße 57, 80799 München, [www.gegenstandpunkt.com](http://www.gegenstandpunkt.com)